Gewerkschaftsgeeinte Arbeiter erzwingen Unterstützungsauszahlung

Leipzig, 13. November.

Am Donnerstagmorgen nächten gegen 60 Arbeiter und Arbeiterinnen des Textilbetriebes Tittel & Krüger, die bei dem letzten Streik gemaßregelt wurden, vor das Leipziger Rathaus, um eine Unterstützung, die ihnen bis jetzt verweigert wurde, zu erzwingen. Die Gewerkschaftler erklärten, daß sie nicht eher vom Platze weichen, bis sie Unterstützung bekommen. Daraufhin sah sich das Wohlfahrtsamt gezwungen, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Zusicherung zu geben, daß sie noch an jedem Tage ihr Geld erhalten werden.

Die Gewerkschaftler von Tittel & Krüger haben sich auf außerparlamentarischem Wege ihre Unterstützung erkämpft und damit erneut den Beweis geliefert, daß nur im außerparlamentarischen Kampf Erfolge für die Arbeiterschaft errungen werden können. Diese Tatsache muß für alle Erwerbslosen das Signal sein, verstärkt den außerparlamentarischen Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu führen!

Lichtstreik gegen Unterstützungsabbau

Gevelsberg, 16. Nov. (Eig. Meld.)

Heute begann im Ennepe-Ruhr-Kreis der vom Kreis-Erwerbslosenausschuß beschlossene Licht- und Gaustreik. Der Streik ist eine Protestbewegung gegen den geplanten Unterstützungsabbau. Die Bewegung hat mit voller Wucht eingesetzt. Ihre Ausdehnung auf die werktätigen Mittelschichten ist im Gange.

Nachdem die Solinger Erwerbslosen auch auf dieser Front den Kampf begonnen haben und die Kleingewerbetreibenden, Angestellten und Beamten mit einbezogen, stößt jetzt auch der Ennepe-Ruhr-Kreis vor.

Es kommt jetzt darauf an, überall der im Dienste Papens stehenden Kommunalbürokratie zu zeigen, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, sich gegen die neue Hungeroffensive mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Ein Jahr Zuchthaus für eine Arbeiterin

In Hildburghausen (Thüringen) entfernte am Wahlsonntag die Polizei sogar diejenigen Plakate, die die Bewohner an ihren eigenen Häusern angebracht hatten. Die Arbeiter gerieten darüber in große Empörung und trugen Wahlplakate durch die Straßen. Doch auch gegen diese Plakatträger ging die Polizei in schärfster Weise vor. Die Arbeiterin Neumann, Mutter von zwei Kindern, soll sich dabei des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" schuldig gemacht haben. Sie wurde am Tage nach der Wahl verhaftet. Obwohl die übrigen verhafteten und angeklagten Träger der Transparente freigesprochen werden mußten, verurteilte das Sondergericht die Arbeiterin Neumann zu einem Jahr Zuchthaus.

Unbeschreiblich ist die Empörung der werktätigen Bevölkerung in Hildburghausen. Die kommunistische Landtagsfraktion hat bereits Schritte gegen das unerhörte Schreckensurteil getan. In ganz Deutschland muß gegen dieses Zuchthausurteil Protest erhoben werden.

Der neue Fußtritt

für die SPD-Führer

Braun bei Hindenburg abgeblitzt

SPD-Braun hat einen Bettelbrief an Herrn von Hindenburg geschrieben, in welchem er gegen die geplanten Maßnahmen Brachts „protestiert" und Hindenburg um ein Eingreifen anfleht. Der Reichspräsident — der Kandidat der SPD, der „Garant" für Demokratie und Freiheit" — hat den Bittsteller brieflich sehr kühl abblitzen lassen und unter Hinweis auf das Leipziger Urteil sich ausdrücklich mit den Maßnahmen Papens und Brachts solidarisiert.

Dieser neue Fußtritt für die SPD-Führer wird diese aber nicht abhalten, sich immer wieder von neuem an die Hindenburg und Papen anzubiedern und den Faschismus zu unterstützen. Die SPD-Arbeiter aber müssen die Lehre aus dieser erneuten flächlichen und feigen Haltung ihrer Führer ziehen und sich in der kämpfenden roten Einheitsfront gegen den Faschismus unter Führung der KPD eingliedern!

Neue Streiks und Streikerfolge

In der Marienhütte Fahrenbach (Glashütte) traten am 14. November die Lehrlinge in den Streik für folgende Forderungen: Für das 1. Lehrjahr eine Erhöhung von 13 auf 21 Pfennig, für das 2. Lehrjahr von 17 auf 23 Pfennig und für das 3. Lehrjahr von 19 auf 25 Pfennig. Der Unternehmer hatte den Lehrlingen 10 Prozent Lohnerhöhung angeboten, was von den Lehrlingen abgelehnt wurde. Daraufhin hat der Unternehmer den gesamten Betrieb stillgelegt. Die Belegschaft hat sich mit den Forderungen der Lehrlinge solidarisch erklärt.

Lohnabbau durch Kampfmobilisierung der RGO abgewehrt

Der 200 Mann starken Belegschaft der Spirituosen- und Hefefabrik Holding in Wandsbek wurde am Dienstag durch Anschlag mitgeteilt, daß ab Donnerstag der Lohn um 5 Prozent abgebaut und außerdem der Ortszuschlag von 50 Pfennig pro Woche gestrichen würde. Gestern morgen bei Betriebsbeginn gab die RGO durch Flugblatt die Losung heraus: **Keinen Handschlag, bevor nicht der Lohnabbau zurückgenommen ist! Die Parole der RGO wurde von der gesamten Belegschaft einmütig befolgt. Von 6 bis 7 Uhr trat die Belegschaft in passive Resistenz. Auf Grund der einmütigen Haltung der Belegschaft wurde der Betriebsleiter gezwungen, den durch Anschlag bekanntgegebenen Lohnabbau zurückzunehmen und den Anschlag zu entfernen.**

In Sagan (Schlesien) ist die Belegschaft der Baufirma Weiß in den Streik getreten. Der Kampf geht gegen einen Lohnabbau. Die RGO-Leitung ruft zum Streikbruch auf.

In Durlach (Baden) ist am 15. November die Belegschaft der Firma Ritter AG in den Streik gegen einen neuen Lohnabbau getreten.

In der Rohrfabrik Rumker und Ude in Bergedorf hat die Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Sie kämpft gegen einen neuen Lohnabbau.

Die Verchromer im Odfso-Werk, Solingen-Wald, beantworteten am 15. November den von der Firma angekündigten Lohnabbau von 9 Pfennig pro Stunde mit passiver Resistenz. Nach drei Stunden hat die Firma kapituliert und bedingungslos den angekündigten Lohnabbau zurückgenommen.

In Weiden (Bayern) ist die 640 Mann starke Belegschaft der Porzellanfabrik Johannes Geltmann gegen Lohnraub in den Streik getreten.

Rote Einheitsliste siegt auf der Danziger Werft

Auf der Danziger Werft fand am 16. November die Betriebsratswahl statt. Es erhielten:

Rote Einheitsliste	257 Stimmen
SPD-Liste	187 Stimmen
Hirsch-Dunckersche	39 Stimmen
Christen	55 Stimmen

Die Rote Einheitsliste erhielt also die meisten Stimmen und ist nahe an die Eroberung der Mehrheit der Belegschaft herangekommen.

Unterstützungsabbau abgewehrt

In Goldlauter-Heidersbach wurden bei der Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung den Arbeitslosen nochmals 6 Mark von der Unterstützung abgezogen. Es wurde sofort eine Versammlung einberufen, die eine Delegation zum Kreiswohlfahrtsamt wählte und auch erreichte, daß von der Kürzung Abstand genommen wurde.

Arbeitsdienstler demonstrieren erfolgreich gegen Verschlechterungen

In Biblis sollten im Arbeitsdienstlager große Verschlechterungen durchgeführt werden. Daraufhin marschierten die Jungarbeiter unter dem Gesang der „Internationale" vor das Rathaus. Eine Delegation erreichte die Zurücknahme der geplanten Verschlechterungen, worauf die Arbeitsdienstler unter dem Gesang der „Internationale" ins Lager zurückmarschierten.

300 Austritte aus Mannheimer SPD

Die Quittung für die Konkordatspolitik. SPD-Parteivorstand verteidigt den Abschluß des Konkordats, das der katholischen Kirche Hunderttausende in den Rachen wirft

Mannheim, 17. November. (Eig. Drahtbericht.)

In der badischen Sozialdemokratie ist um das Konkordat mit der katholischen Kirche ein regelrechter Krieg ausgebrochen. Die Tatsache, daß im Oktober von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung das Konkordat mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli unterzeichnet wurde, heimlich unterzeichnet, damit der Inhalt vor der Reichstagswahl nicht mehr bekannt werde, hat unter den badischen sozialdemokratischen Arbeitern einen Empörungssturm geweckt. Die Erregung steigert sich von Tag zu Tag, nachdem der schändliche Inhalt des Konkordats und die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bekannt geworden ist, die durch Stimmenthaltung dem Konkordat zur Annahme verhelfen will.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben seit diesem Montag allein im SPD-Unterbezirk Mannheim nicht weniger als 300 sozialdemokratische Arbeiter ihren Austritt aus der Partei erklärt.

Fast alle Zahlstellen haben scharfe Protestentschließungen gegen die Haltung der leitenden Instanzen angenommen. Die Erbitterung ist besonders groß unter den Funktionären und Betriebsarbeitern der SPD. Viele wollen nur noch die Abstimmung im Landtag selbst abwarten, um dann die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Angesichts des Risses, der durch die ganze badische Sozialdemokratie geht, hat der Landesvorstand einen außerordentlichen Bezirksparteitag zum 27. November nach Offenburg einberufen.

Über die Hoffnung, Zeit zu gewinnen, um die Empörung der Mitgliedschaft einzudämmen, scheint zu trügen; denn die proletarische Opposition verwandelt sich jetzt aus dem Widerstand gegen das Konkordat in den Angriff gegen die verräterische Politik der sozialdemokratischen Führung im allgemeinen.

Jetzt versucht die badische SPD-Führung die SPD-Arbeiter durch die Entfesselung eines Streites mit der Landtagsfraktion bei der Parteifahne zu halten. Gleichzeitig aber entlarvt sich die Parteiführung selbst durch die Erklärung, daß sie „den Beschluß der Landtagsfraktion leider nicht aufheben kann".

Ueberdies greift indirekt jetzt auch der Reichsparteivorstand ein; er hat Schöpflin vorgeschickt, der im Karlsruher „Volksfreund" das Verbrechen der SPD-Landtagsfraktion billigt und verteidigt.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei wendet sich heute mit einem Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter, gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassengenossen in Einheitsfrontkomitees gegen Kulturreaktion und Faschismus den Kampf aufzunehmen. Gleichzeitig brachte die badische kommunistische Landtagsfraktion zwei Anträge ein, in denen das Konkordat für null und nichtig erklärt und die sofortige Trennung von Kirche und Staat sowie die Einstellung aller Zahlungen aus der Staatskasse an die Kirchen- und religiösen Gesellschaften gefordert wird. Bekanntlich sieht das Konkordat vor: Jährlich 336 000 Mark für die Kirche als ewige Rente, dazu Pfarrbesoldungen, deren ansehnliche Höhe der Landtag bestimmt, weiter das Recht, mit dem Staatsapparat Kirchensteuern einzutreiben, Auslieferung der theologisch-philosophischen Fakultät an die Kirche usw.

Treibt alle Vorbereitungen

für unsere rote Pressekampagne, für die Massenwerbung neuer Abonnenten

„Trommel" 6 Monate verboten

Die Arbeiter- und Bauernkinderzeitung „Die Trommel" wurde auf sechs Monate verboten. Die Bekanntgabe der Verbotsgründe ist verboten. Gegen diese neue Verbotsmaßnahme gegen die Pionierbewegung muß eine breite Protestwelle entfacht werden! Arbeiterkinder, jugendliche und erwachsene Arbeiter, nehmt in den Schulen, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in allen Versammlungen Protestresolutionen auf! Kämpft die Abonnentenwerbung für „Die Trommel"! Jeder Arbeiterjunge, jedes Arbeitermädel liest „Die Trommel"!

Alle Arbeiterkinder werden Junge Pioniere! In jedem proletarischen Häuserblock eine Pionierabteilung!

Verwirklicht die Beschlüsse der Partei

Die Unterbezirkskonferenzen unserer Partei im Zeichen der lebendigen Anwendung der Lehren des 12. Ekki-Plenums

Die Sächsische Organisation der Kommunistischen Partei hat in diesen Tagen in allen Unterbezirken Konferenzen durchgeführt, die der lebendigen Anwendung der Lehren des 12. Ekkiplenums dienten und die auch vollkommen in diesem Zeichen durchgeführt wurden. Dabei wurde auch zugleich die Nutzanwendung der Erfahrungen der Streikkämpfe der sächsischen Arbeiter und des erfolgreichen Wahlkampfes unserer Partei gezogen.

Auf den Konferenzen wurden mehr als 5000 Delegierte aus Betriebs- und Straßenzellen erfaßt. Die Konferenzen waren ein weiterer Schritt vorwärts in unserem Kampfe für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Organisierung der täglichen Kämpfe.

Die gestern in Dresden durchgeführte Unterbezirkskonferenz der Kommunistischen Partei war von 551 Delegierten aus den Betriebs- und Straßenzellen beschickt. Im

Referat des Genossen Ferlemann

wurde vor allem den Delegierten die Notwendigkeit unseres verschärften Kampfes an der Front der Organisierung der Majoritätsaktionen im Betrieb und an der Stempelstelle, in den proletarischen Wohngebieten klargemacht. Als Grundlage steht vor der deutschen Kommunistischen Partei die Heranführung der Arbeiterklasse an den Kampf um die Macht durch die Organisierung des Kampfes für die Tagesinteressen aller Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Es bestätigt sich die Richtigkeit der Feststellungen des 12. Ekki-Plenums, was besonders auch die Wahlen am 6. und 13. November bewiesen haben,

daß die revolutionären Kräfte schneller wachsen, als die Kräfte der Konterrevolution. Das Ende der relativen Stabilisierung der Kapitalismus gibt uns günstige Voraussetzungen, in schnellem Tempo die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern und den Klassenkampf auf eine höhere Stufe zu heben.

Das werden wir aber nur erreichen, wenn wir in ständiger lebendiger Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiterschaft stehen alle ihre Regungen erfassen und sie zu Aktionen gegen Hunger, Krieg und faschistische Diktatur steigern.

Wir können trotz des siegreichen Vormarsches der KPD. mit dem Ergebnis der Reichstagswahl besonders in Sachsen nicht zufrieden sein. Unser Einbruch in das Lager der SPD und die Loslösung der proletarischen Nazianhänger sind noch ungenügend, was ganz besonders auf Sachsen zutrifft.

Wie sehr die Bourgeoisie die Organisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse durch die Partei und die RGO fürchtet, geht besonders aus den Ausführungen des Chemnitzer Tageblattes hervor. Dabei müssen wir

den Arbeitern klar aufzeigen, daß die Sozialfaschisten und die Bürokratie des ADGB es waren, die mit ihrer wüsten Hetze gegen die von der RGO organisierten Streiks den sächsischen Industriellen den Weg geebnet haben.

Die Kommunalwahlen in Sachsen waren ein uneingeschränkter Sieg der Kommunistischen Partei und bestätigten die Richtigkeit unserer Feststellungen, daß wir nur dort, wo wir es verstanden, die Kämpfe der Arbeiterschaft zu organisieren und zu führen, die stärksten Fortschritte machten. Das zeigen auch klar die Ergebnisse in Dresden in den Gebieten der Dobritzer Gardine, des Betriebes Fuchs usw.

Genosse Ferlemann stellte in den Vordergrund als Hauptaufgaben unsere verstärkte und verbesserte Arbeit an der Betriebszelle, die Organisierung der Kämpfe der Erwerbslosen, die verstärkte Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, die Massenwerbung für unsere revolutionäre Presse und die Gewinnung neuer Parteimitglieder aus den Betrieben.

In lebhafter Diskussion wurden die Aufgaben und Erfahrungen des Unterbezirks Dresden in den Vordergrund gestellt und einmütig der Beschluß auf die Reorganisierung angenommen. In einer einstimmig erfaßten Resolution wurden die konkreten Aufgaben für den UB Dresden festgelegt, die es nunmehr in allen Parteizellen durchzuführen gilt.

Neues Ortskomitee der RGO

Vor einigen Monaten war der ADGB dazu übergegangen, den Ortsausschuß Bernstadt des ADGB aufzulösen. Die Genossen in Bernstadt hatten zur Textilarbeiterbewegung ein Flugblatt herausgegeben, worin sie die Textilarbeiter dazu aufforderten, sich keinen Lohnabbau gefallen zu lassen, sondern jeden Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten. Dieses Flugblatt genügte den ADGB-Führern, um den Ortsausschuß in Bernstadt aufzulösen. Mehrere Versammlungen haben bereits stattgefunden, wo gegen diese Maßnahme scharfer Protest erhoben wurde. Am Freitag, dem 11. November, hatte der aufgelöste Ortsausschuß zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen mit dem Thema: „Streikkampf über Deutschland! Was will die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition?" Als Referent war in dieser Versammlung erschienen der Genosse B vom Bezirkskomitee der RGO. In der Versammlung waren 100—120 Arbeiter und Arbeiterinnen anwesend, die mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren und am Schluß der Versammlung gelobten, in diesem Sinne zu arbeiten, um die Einheitsfront des Proletariats herzustellen.

12 Arbeiter traten sofort in die RGO ein und gründeten damit das Ortskomitee der RGO in Bernstadt

Die Genossen des neuen Ortskomitees verpflichteten sich, die Mitgliederzahl des neuen Ortskomitees in einem Monat auf 50 zu steigern.

Prima, Genossen! So wie hier in Bernstadt gilt es überall die Werbung für die RGO durchzuführen, um die Voraussetzungen zum siegreichen Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu schaffen!